

Hannover, den 5. März 2006

## **K+S Werksleitung verbreitet wilde Behauptungen und schürt Ängste bei Sigmundshaller Belegschaft.**

**Der BUND weist die unwahren Behauptungen von K+S Werksleiter Dr. Diekmann über unvollständige Dioxinanalysen zurück. Die von Werksleitung und IG BCE Funktionären geschürten Existenzängste unter den Beschäftigten sind aus Sicht des BUND billige Propaganda.**

Verschiedene Zeitungen berichteten über Behauptungen von K+S Werksleiter Dr. Diekmann, der BUND habe in manipulativer Absicht unvollständige Dioxinanalysen vorgelegt. Wahr ist hingegen, dass Probenahme und Analytik durch ein anerkanntes Labor erfolgt sind, und dass die vom BUND in Form einer Graphik mitgeteilten Dioxin- und Furan-Gehalte sämtliche Analysenwerte der 17 Kongenere (spezifische Dioxin-/Furan-Verbindungen) wiedergeben. In der untersuchten Bodenprobe wurden nur diejenigen Kongenere gefunden, die auch in den REKAL-Abfällen in höheren Konzentrationen vorliegen, während die restlichen Kongenere unter der Nachweisgrenze liegen. Die Höhe der im Boden nachgewiesenen Konzentrationen der REKAL-typischen Dioxinverbindungen lässt vermuten, dass entweder am Probenahmeort bereits eine starke Belastung des Bodens durch Staubablagerungen besteht, oder dass die Dioxingehalte der REKAL-Stäube deutlich höher sind als bisher zugegeben wird. Die zweite Annahme wird durch bisher von K+S verschwiegene Salzschlackeanalysen (z.B. 175 und 246 ng/kg TE) gestützt.

BUND-Vertreter Dr. Krupp: „Trotz wiederholter Kritik durch den BUND findet bis heute keine repräsentative Überwachung der Dioxingehalte in der REKAL-Abdeckung der Kalihalde statt. Eben so wenig findet die gesetzlich vorgeschriebene Überwachung von Staub-Immissionen gemäß der TA-Luft statt, obwohl seit Jahren massive Grenzwertüberschreitungen bekannt sind, die die Gesundheit der Belegschaft und der Anwohner gefährden. Auch dies ist die Folge einer rechtswidrigen Genehmigung der REKAL-Anlage und der damaligen Trickserien zwischen dem K+S Management, der Bergbehörde und der Politik: Wäre die Salzschlackeaufbereitung ordnungsgemäß nach Bundesimmissionsschutzgesetz von der zuständigen Behörde genehmigt worden, wäre es nie zu den heute zu beklagenden Missständen gekommen.“

Aus Sicht des BUND ist eine Schließung der REKAL-Anlage nicht erforderlich, wenn jetzt eine Umrüstung gemäß dem Stand der Technik auf ein abfallfreies Verfahren zur Salzschlackeaufbereitung erfolgt und damit frühere Fehler geheilt werden. Diese Entscheidung liegt allein bei K+S und dort sollte die Belegschaft vorstellig werden. Auch die Erweiterung der Rückstandshalde und die Einleitung von Salzwasser in die Leine sind aus Sicht des BUND vermeidbar. Das Bundesimmissionsschutzgesetz, nach dem die Haldenerweiterung genehmigt werden muss (§4(2)), schreibt die Verwertung von Abfällen

vor (§5(1)). Eine solche Verwertung der Salzlückstände kann die Arbeitsplätze in Bokeloh und an anderen Standorten weit über das Ende des Kalibergbaus hinaus sichern helfen.

Andererseits steht der K+S Konzern wirtschaftlich blendend da, wie Kursverlauf und Dividenden-Entwicklung zeigen. K+S hat in Europa auf dem Kalisektor praktisch eine Monopolstellung und ist obendrein durch Antidumping-Maßnahmen der EU geschützt. Seit Jahren ist der Kasseler Konzern dabei, in Müntefering'scher Heuschrecken-Manier, Firmen zu schlucken und auf deren Kosten zu wachsen. K+S ist daher aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke ohne weiteres in der Lage, die notwendigen Investitionen in den Umweltschutz und in die Kreislaufwirtschaft zu tätigen.

Dr. Krupp vom BUND meint dazu: "Die Anwohner und die Belegschaft des Kaliwerkes sollten sich nicht von gewinnsüchtigen Firmenmanagern zu rechtswidrigen Arbeits- und Lebensbedingungen erpressen lassen. Kalibergbau ist örtlich an die Lagerstätten gebunden. Wenn K+S die deutschen Kali-Standorte schließen wollte um sich vor gesetzlich geforderten Umweltschutzmaßnahmen zu drücken, wäre dies für den gesamten Konzern reiner Selbstmord. Das müsste auch dem Firmenmanagement und den K+S Aktionären klar sein."

Die vollständigen Pressemitteilungen der BUND Kreisgruppe Region Hannover sowie weitere Hintergrundinformationen sind auf der BUND-Homepage [www.bund-hannover.de](http://www.bund-hannover.de) unter den Rubriken „Presse“ und „Themen & Projekte“ zu finden.

Rückfragen: Dr. Ralf Krupp - BUND Region Hannover Tel.: 05136 - 7846